

„Gemeinwohl hat Vorfahrt“ - so haben wir uns genannt. Unser Symbol stammt aus der Straßenverkehrsordnung und zeigt das Schild Vorfahrtstraße. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass Privatinteressen zurück zu stehen haben, damit das Gemeinwesen zum Wohle Aller funktionieren kann.

Öffentliche Daseinsvorsorge bedeutet, dass der Staat Leistungen bereitstellt und garantiert, die der Einzelne – besonders der hilfsbedürftige Teil der Gesellschaft - nicht selbst erbringen kann und die zum geordneten Fortbestand des Gemeinwesens unerlässlich sind. Öffentliche Güter und Dienstleistungen sollen keine Waren sein. Sie sind Gemeineigentum, auf die alle Menschen einen Anspruch haben und die allen gleichermaßen zugänglich sein müssen. Dass sich der Staat und die Kommunen um die Daseinsvorsorge zu kümmern haben, folgt aus dem Sozialstaatsgebot und aus den sog. „objektiven Schutzpflichten“ des Staates.

Was aber geschieht seit vielen Jahren mit öffentlichem Eigentum und mit kommunalen Dienstleistungen?

Statt nun diese Daseinsvorsorge als eine Verpflichtung zu begreifen, die im Sinne des Gemeinwohls den Prinzipien von Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit für alle Bürger gehorcht, werden Aufgaben der Grundversorgung wie Wasser, Müllbeseitigung, öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Straßenbau u.s.w. zunehmend privatisiert.

Andere öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Schwimmbäder, Stadtbibliotheken, Museen und die kulturelle Förderung verwahrlosen mangels Finanzierung oder werden ganz geschlossen. Viele Kommunen sehen sich im Rahmen der **Schuldenbremse** und bei sinkenden Steuereinnahmen nicht mehr in der Lage, notwendige größere Projekte selbst zu stemmen. Sie verkaufen die in Jahrzehnten aufgebauten öffentlichen Einrichtungen an Investoren, die damit angeblich effizienter umgehen. Sie werden von Landesministerien dazu gedrängt, ihr Tafelsilber zu veräußern.

Um diesem Dilemma zu entkommen, wird die Finanzierung in **Public Private Partnerships** – zu deutsch Öffentlich-Privaten Partnerschaften - angedient, mit denen die Kommunen die Schuldenbremse umgehen können, da statt der öffentlichen Hand die Investoren als Bauherren oder Eigentümer auftreten und anschließend die Immobilien bzw. Einrichtungen an die öffentliche Hand vermieten. Dazu gibt es nun seit mindestens 20 Jahren reiches Anschauungsmaterial: Großprojekte wie überdimensionierte Müllverbrennungsanlagen und Kläranlagen, die die Gebühren extrem verteuern, sind ebenso zu nennen, wie der Verkauf von Krankenhäusern an Klinikkonzerne, die aus Profitinteresse den Versorgungsauftrag vernachlässigen oder die Krankenhäuser sogar einfach schließen (wie z.B. die Klinik in Homberg Efze).

Das Prinzip, nach dem hier verfahren wird, ist fast jedes mal das selbe:

- ≙ Der private Investor verspricht finanzielle Vorteile für die öffentliche Hand.
- ≙ Die ausgehandelten Verträge sind geheim und zum Nachteil der Kommunen ausgestaltet.
- ≙ Diese sind meist 30 Jahre lang gebunden, haben nicht selten die Hauptlast der Instandhaltung zu tragen und müssen den Rückkauf des ehemals öffentlichen Objekts anschließend auch noch bewerkstelligen.
- ≙ Nach der Übernahme werden Arbeitnehmer entlassen, die Preise, Mieten und Kosten steigen. Damit schlagen die vermeintlichen anfänglichen Vorteile für die Kommunen in massive Nachteile um. Das bedeutet höhere Schulden.

Dass sich Privatisierungen für die Investoren dank gesicherter Profite lohnen, steht außer Frage. Dass sie aber von politischen Amtsträgern weiterhin gern genutzt werden, hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass nach Ausscheiden aus dem Amt lukrative Positionen bei den Investoren winken (siehe z.B. Schröder, Koch).

Dagegen verdanken wir es vor allem kritischen Journalisten wie Werner Rügemer, Gruppen wie Attac oder Gemeingut in Bürgerinnenhand, Teilen der Gewerkschaften und anderen, dass dies einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Mittlerweile haben sich in vielen Städten Europas Bürgerinitiativen gegründet, die sich mit zunehmendem Erfolg gegen Privatisierungen wenden.

Wie sieht es in Wiesbaden aus?

Auch hier haben wir es mit Projekten zu tun, die zum Nachteil der Bürger geplant und umgesetzt werden. Hier scheint aber im Gegensatz zu vielen hessischen Kommunen das Geld noch

besonders locker zu sitzen, wenn es um Prestigeobjekte wie ein städtisches Museum oder die Rhein-Main-Hallen geht. Aber der Zustand der HSK nach der Teilprivatisierung, der Pfusch am Justiz- und Verwaltungszentrum in der Mainzer Straße, die nur durch Bürgerprotest verhinderte Schließung des Hallenbades zeigen, dass bei den Stadtlenkern die Prioritäten verrutscht sind.

Wir wollen mit unserer Initiative erreichen, dass sich die Bürger der Stadt gegen weitere Privatisierungen wenden und dass die Politiker der Stadt sich dem Gemeinwohl verpflichten. Mit uns ist zu rechnen! Wir fordern öffentliche Planungen und ehrliche Bürgerbeteiligung!

Wir werden weitere Veranstaltungen zu diesen Themen durchführen, um die Einleitung von Privatisierungsvorhaben in Wiesbaden aufzudecken und fordern in einem parteiunabhängigen Forum die Bürger dazu auf, ihr Gemeinwesen gegen die Aushöhlungen der Daseinsvorsorge zu verteidigen. Wo immer möglich, muss die Rekommunalisierung und die basis-demokratische Kontrolle der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen erfolgen.